

Aktenzeichen:  
(Bitte bei Antwort angeben)

In der

**Verwaltungsstreitsache**

**gegen**

**wegen**

**Mitteldeutschen Rundfunk - Anstalt des öffentlichen  
Rechts - Juristische Direktion  
Rundfunkbeitragsrechts  
Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO**

erhalten Sie das beiliegende Schreiben zur Kenntnisnahme.

Im richterlichen Auftrag

Justizbeschäftigte

W



Vorab per Telefax.

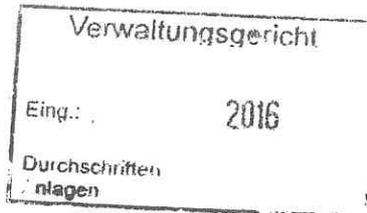
Verwaltungsgericht

MITTELDEUTSCHER RUNDFUNK  
Anstalt des öffentlichen Rechts

VERWALTUNGSDIREKTION

Kantstraße 71-73  
04275 Leipzig  
Postanschrift 04360 Leipzig

www.mdr.de



In dem Rechtsstreit

- Antragsteller -

Leipzig, 12.09.2016  
Seite 1/2  
he/qu

J.

**MITTELDEUTSCHER RUNDFUNK**  
Anstalt des öffentlichen Rechts  
Kantstr. 71 – 73, 04275 Leipzig  
vertreten durch die Intendantin,  
Prof. Dr. Karola Wille

Abt. Beitragsrecht  
HA Verwaltung  
Richterstr. 7  
04105 Leipzig

- Antragsgegner -

wegen Rundfunkbeiträgen  
hier: Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz

Az.:

zeige ich hiermit unter Berufung auf die in Kopie beigelegte Vollmacht die Vertretung des Antragsgegners an.

Es wird gebeten, in dieser Streitsache weiteren Schriftverkehr ausschließlich mit der Abteilung Beitragsservice zu führen.

Gesetzlicher Vertreter des MDR ist die Intendantin. Der MDR kann auch durch von der Intendantin Bevollmächtigte vertreten werden. Auskünfte über den Kreis der Bevollmächtigten und den Umfang der Vollmachten erteilt der Juristische Direktor des MDR.

---

Gemäß der Verfügung des Verwaltungsgerichts vom  
2016 wurde der Antragsgegner gebeten umgehend zum  
Antrag Stellung zu nehmen.

Hierzu wird zunächst mitgeteilt, dass der Antragsgegner ohne  
Anerkennung einer Rechtspflicht bis zur Entscheidung über  
den Eilantrag von Mahn- und Vollstreckungsmaßnahmen ab-  
sehen wird. Insoweit möchte ich anmerken, dass hinsichtlich  
des Beitragskontos des Antragstellers noch kein  
Vollstreckungsersuchen ergangen ist, so dass derzeit keine  
Vollstreckung droht.

Angesichts des hohen Aufkommens an Eil- und Klageverfahren  
bitte ich um eine stillschweigende Einräumung einer Frist zur  
Antragserwiderung bis zum 23.09.2016.

Die vom Gericht erbetenen Verwaltungsvorgänge liegen dem  
Antragsgegner nicht selbst vor, sondern müssen unsererseits  
erst beim Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio  
(Beitragsservice) in Köln abgefordert werden. Die Zulieferung  
dauert erfahrungsgemäß ca. eine Woche. Insoweit bitte ich das  
Gericht auch um eine stillschweigende Einräumung zur Über-  
sendung des Verwaltungsvorgangs mit der Antragserwiderung.

Sollte das Gericht mit der vorgeschlagenen Verfahrensweise  
nicht einverstanden sein, bittet der Unterzeichner namens des  
Antragsgegners höflich um richterlichen Hinweis.

Eine Abschrift anbei.